

Welt, 21.08.2020

Von Frederik Schindler

## Wie nah rücken Grüne und Fridays for Future zusammen?

Finden Protestbewegung und Partei für die Bundestagswahl zueinander?

Fridays for Future ist durch die Corona-Pandemie geschwächt – auch die Grünen könnten neuen Schwung gebrauchen. Die Partei bietet den Aktivisten jetzt Kandidaturen für die Bundestagswahl 2021 an. Innerhalb der FFF-Bewegung ist umstritten, ob das so klug ist.

Für wenige Stunden immerhin standen die Klimaaktivisten wieder im Rampenlicht. Aber diesmal nicht aus eigener Kraft – sondern mithilfe aus der Politik. Angela Merkel (CDU) hatte vier Vertreterinnen der Klimaschutzbewegung Fridays for Future (FFF) im Kanzleramt empfangen. Sie kam damit einer Gesprächsbitte von Greta Thunberg, Luisa Neubauer und anderen nach und nahm sich am Donnerstag eineinhalb Stunden Zeit, um mit den jungen Frauen zu diskutieren.

Fridays for Future hat während der Corona-Krise deutlich an Kraft verloren – und nun finden einige der Klimaschützer rund ein Jahr vor der Bundestagswahl Gefallen an der Idee, künftig die stärkende Nähe zur Politik zu suchen. So arbeiten mehrere Aktivisten bereits seit einiger Zeit im Hintergrund daran, dass Fridays for Future nicht nur im Kanzleramt zu Gast ist, sondern bald auch im Bundestag vertreten sein wird. Auf den Listen der Grünen etwa sind mehrere Kandidaturen geplant. Doch innerhalb der Bewegung ist stark umstritten, ob ein engeres Zusammenwachsen mit der Partei klug wäre.

Die prominenteste Vertreterin der deutschen Fridays-for-Future-Sektion, Luisa Neubauer, soll sich nach Angaben aus Kreisen der Bewegung gegen eine Bundestagskandidatur entschieden haben. Viele Aktivisten seien der Meinung, dass eine Kandidatur von Neubauer, die Mitglied bei den Grünen ist, Fridays for Future schaden würde. Ein großer Teil der Klimaschutzaktivisten hält die Klimapolitik der Grünen für nicht radikal genug.

*„Habeck auf Kuschelkurs mit der Union“*

„In einer Welt, die unter diesem Wirtschaftssystem leidet, müssen kapitalismuskritische Positionen angesprochen werden“, fordert etwa der 17-jährige Aktivist Ole Willerich von Fridays for Future Kiel. Deutlich wurde dies auch im ARD-Sommerinterview mit Grünen-Chef Robert Habeck am vorigen Sonntag. Der Fridays-for-Future-Aktivist Quang Paasch warf Habeck da in einem Einspieler vor, mit der Union „auf Kuschelkurs“ zu gehen, dies sei für das Klima fatal.

Paasch ist mit seiner Position nicht allein: Innerhalb der Bewegung befürchten viele, dass man die Politik der Grünen schlechter kritisieren könnte, wenn das bekannteste Gesicht der Bewegung in Deutschland für die Ökopartei in den Bundestag einziehen würde – und es womöglich sogar zu einer schwarz-grünen Koalition käme. Neubauer ließ eine WELT-Anfrage dazu unbeantwortet.

Carla Reemtsma, die Fridays for Future ebenfalls nach außen vertritt, teilt diese Befürchtung nicht. Sie bestätigt, dass mehrere Aktivisten Kandidaturen bei den Grünen und anderen Parteien vorbereiten. Dennoch werde die Bewegung alle Parteien an ihren Forderungen messen, unabhängig von möglichen personellen Überschneidungen. „Wer Klimaschutz auf seine Fahne schreibt, wird sich darauf einstellen müssen, dass wir darauf aufmerksam machen, wo hinter den hübschen Plakaten nicht die notwendigen Veränderungen stecken.“

Viele Aktivisten seien aus den Parteien heraus angesprochen worden, ob sie kandidieren möchten, sagt Reemtsma. Sie bezeichnet die Kandidaturen als „mutige Entscheidungen“, die sie allerdings selbst so nicht treffen würde. „Die Parteien sind für mich nicht der Ort, an dem man beim Kampf für Klimagerechtigkeit als Protestbewegung den Wandel erreicht, den wir brauchen. Unser Schwerpunkt bleibt die Straße und die Gesellschaft.“

Es sei gut, wenn sich junge Menschen in Institutionen, in denen sie unterrepräsentiert seien, politisch engagieren. „Das kann allerdings keine Bewegungsstrategie sein, weil wir für die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens jetzt die politischen Maßnahmen brauchen und nicht erst in einigen Jahren“, so Reemtsma. Zudem gebe es kein Parteiprogramm, das mit dem 1,5-Grad-Ziel vereinbar sei.

### *Keine gute Ausgangslage für die Grünen*

Noch bei der Europawahl im Mai 2019 hatte die Klimafrage die politische Debatte und die Agenden der Parteien bestimmt. Die Grünen konnten damals besonders stark zulegen, auf ihren Europawahl-Rekord von 20,5 Prozent. Stand jetzt allerdings dürfte der Klimaschutz wohl nicht zum alles entscheidenden Thema der Bundestagswahl 2021 werden. Selbst wenn das Coronavirus in 13 Monaten nicht mehr das drängendste Problem sein sollte, werden die ökonomischen Auswirkungen der Krise noch fortwirken. Die Regierung macht zudem in den Augen der Mehrheit vieles richtig, um die Pandemie einzudämmen, es schlägt die Stunde der Exekutive. Für die Grünen ist das keine optimale Ausgangslage.

Im vergangenen Jahr hatten die Proteste von Fridays for Future am Höhenflug der Grünen einen wichtigen Anteil. Auch deshalb dürfte die Partei Kandidaturen aus der sozialen Bewegung aufgeschlossen gegenüberstehen. Fridays for Future habe „die Debatte über die Dringlichkeit der Klimakrise und die Frage, in welcher Zukunft wir leben wollen, weltweit unglaublich weit nach vorne gebracht“, sagt eine Parteisprecherin. Demokratie brauche eine lebendige Zivilgesellschaft. Es brauche aber auch Parteien, die Anliegen formulierten und sie in Parlament und Regierung debattierten und umsetzten. „Selbstverständlich“ sei die Partei mit verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen im Gespräch, auch mit Blick auf Kandidaturen zur Bundestagswahl.

Deutlicher wird man bei der Grünen Jugend, die ebenfalls radikalere klimapolitische Positionen als die Mutterpartei vertritt. „Wir haben Fridays for Future vom ersten Tag an unterstützt und sind selbstverständlich Teil dieser vielfältigen Bewegung“, sagt Bundessprecher Georg Kurz. „Es würde dem Bundestag guttun, wenn dort auch Menschen aus den Bewegungen vertreten sind.“ Dass junge Menschen über ihre Zukunft selbst mitentscheiden können, sei notwendiger als je zuvor. Es brauche enormen Druck der Zivilgesellschaft, um eine klimagerechte Politik zu ermöglichen. „Als Grüne Jugend tragen wir den Druck der Straße aber auch in die Partei und die Parlamente.“

### *„Thunberg spricht sich gegen Wesenskern der Demokratie aus“*

Der Grünen-Experte Wolfgang Merkel vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung meint, dass es den Grünen nutzen dürfte, Aktivisten der Klimabewegung aufzustellen. Mit der Öffnung ihrer Wahllisten für Fridays for Future würde die Partei noch einmal die Wichtigkeit der Klimafrage und ihre Nähe zur Basis dokumentieren, sagt er. Durch einen eher symbolischen Akt der Aufstellung dürften die Grünen zwar nicht viele neue Wähler dazugewinnen, da sie unter den Aktivisten ohnehin überwältigend repräsentiert seien. „Aber es stabilisiert die neuen Wähler-Partei-Beziehungen, zum Nutzen einer Partei, die ja einst selbst aus sozialen Bewegungen entstanden ist.“

Parteienforscher Oskar Niedermayer von der Freien Universität Berlin ist deutlich skeptischer. „Die Grünen haben jahrelang sehr viel Energie darauf verwendet, letzte Zweifel an ihrer

Regierungsfähigkeit und Kompromissfähigkeit auszuräumen“, sagt er. Dies sei bei Fridays for Future nicht gegeben, wenn Thunberg sage, dass das Klima keine Kompromisse vertrage. „Damit spricht sie sich explizit gegen den Wesenskern der Demokratie aus.“

Thunberg und Neubauer propagierten im Gegensatz zu den Grünen „ganz offen einen politischen Systemwechsel“. Das würde nicht nur politische Gegner auf den Plan rufen, sondern auch ältere Wähler, die von der Union zu den Grünen gewandert seien, abschrecken. „Mit prominenten Kandidaturen von Fridays for Future würden sich die Grünen keinen Gefallen tun.“ Tatsächlich heißt es in einem offenen Brief von Thunberg und Neubauer von Mitte Juli: „Unser gegenwärtiges System ... kann nicht mehr ‚repariert‘ werden. Wir brauchen ein neues System.“

Beide Politikwissenschaftler sind sich hingegen einig, dass es der Bewegung eher schaden könnte, von den Grünen zu stark eingeehgt zu werden. Für den harten Kern seien alle politischen Parteien Teil des Systems, das man bekämpfen müsse, meint Niedermayer. „Wenn die Vertreter sich in ihren Forderungen mäßigen, bekommen sie vom harten Kern der Bewegung den Vorwurf, dass sie sich haben kaufen lassen.“ Grünen-Experte Merkel sagt, dass Galionsfiguren der Bewegung im parlamentarischen Prozess Kompromisse eingehen müssten und abgeschliffen würden. „Das schwächt die basisdemokratische Aura und reduziert die Mobilisierungsfähigkeit für die Straße.“

In Sachsen-Anhalt will der Fridays-for-Future-Aktivist Urs Liebau dennoch auf Platz zwei der Grünen-Liste kandidieren. „Politik entsteht außerhalb des Parlaments. Dennoch ist das Parlament der Ort, an dem die Entscheidungen getroffen werden“, sagt Liebau, der bereits für die Grünen im Stadtrat von Magdeburg sitzt. „Business Insider“ hatte zuvor über die Kandidatur berichtet.

Zudem bereitet eine führende Aktivistin der Klimabewegung Ende Gelände, die enge Verbindungen zu Fridays for Future pflegt, eine aussichtsreiche Kandidatur bei den Grünen in Nordrhein-Westfalen vor. Zu den bekanntesten Köpfen der Klimabewegung gehört auch Jakob Blasel. Er ließ eine Anfrage zu Spekulationen über eine Kandidatur in Schleswig-Holstein unbeantwortet.